

Auf dem Bamberg

Im Kästgen

Bamburg

Bamburg

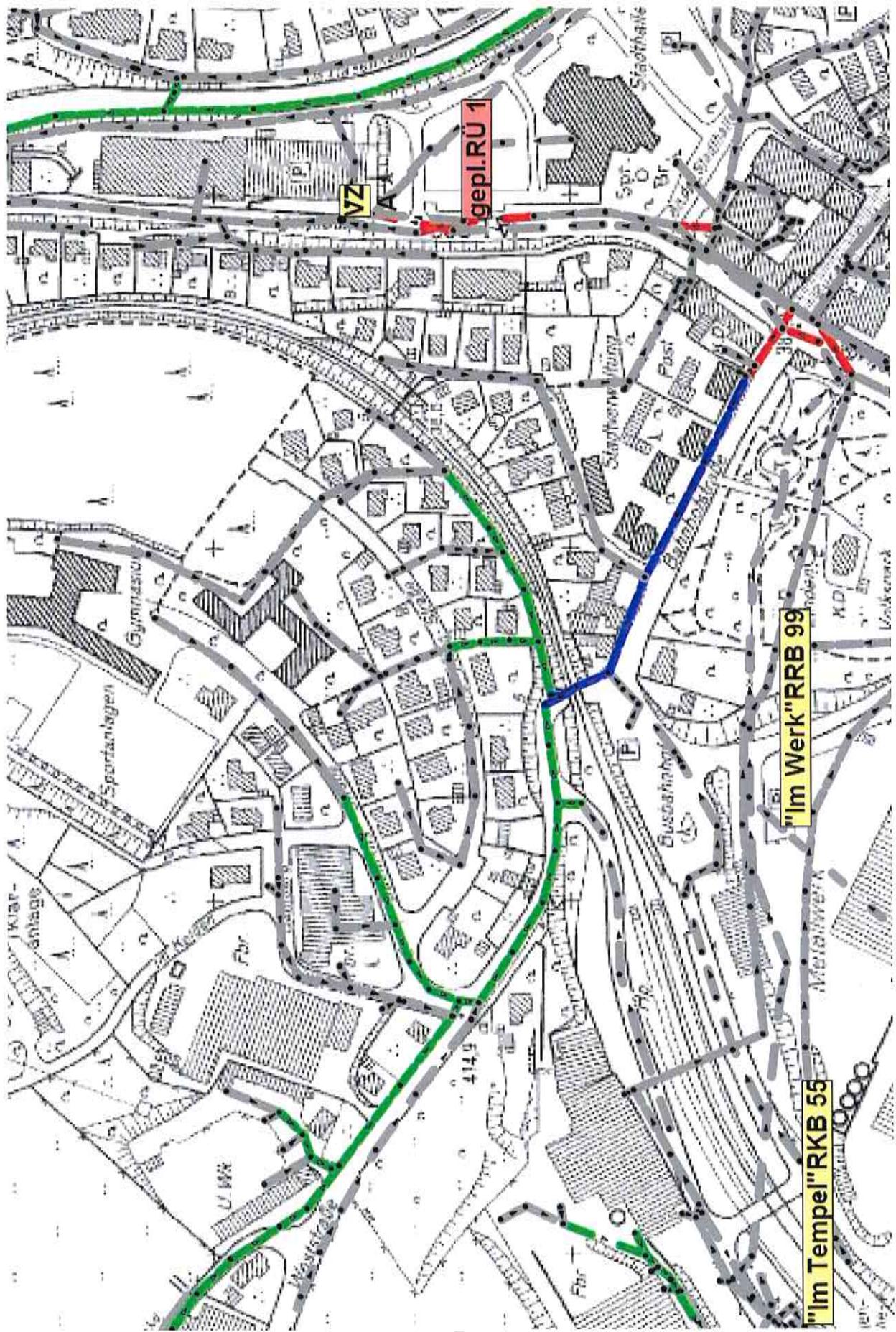
Wipfelstraße

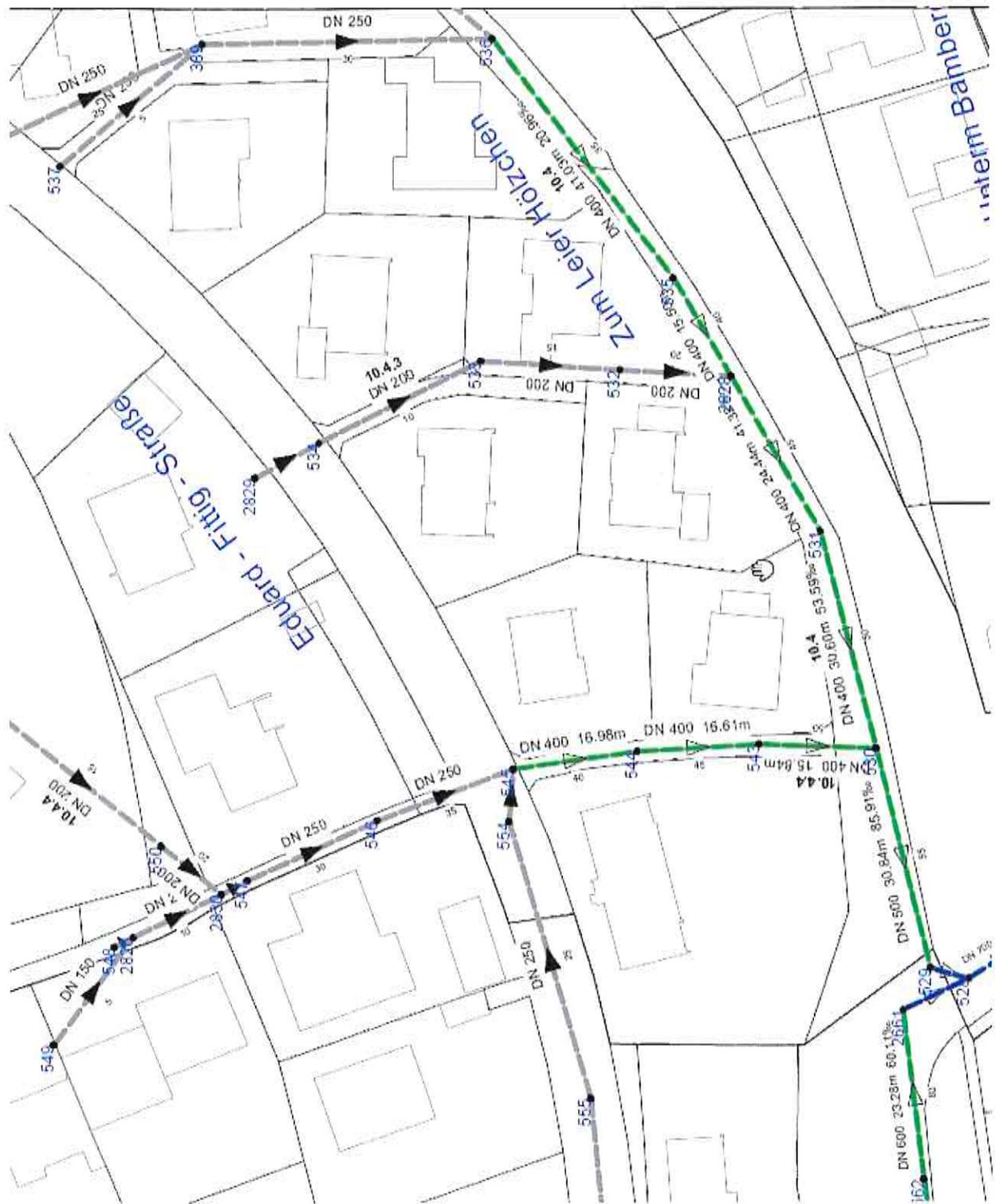
Edward-Friedrich-Str.

Zum Leierlötzchen

1:50,000







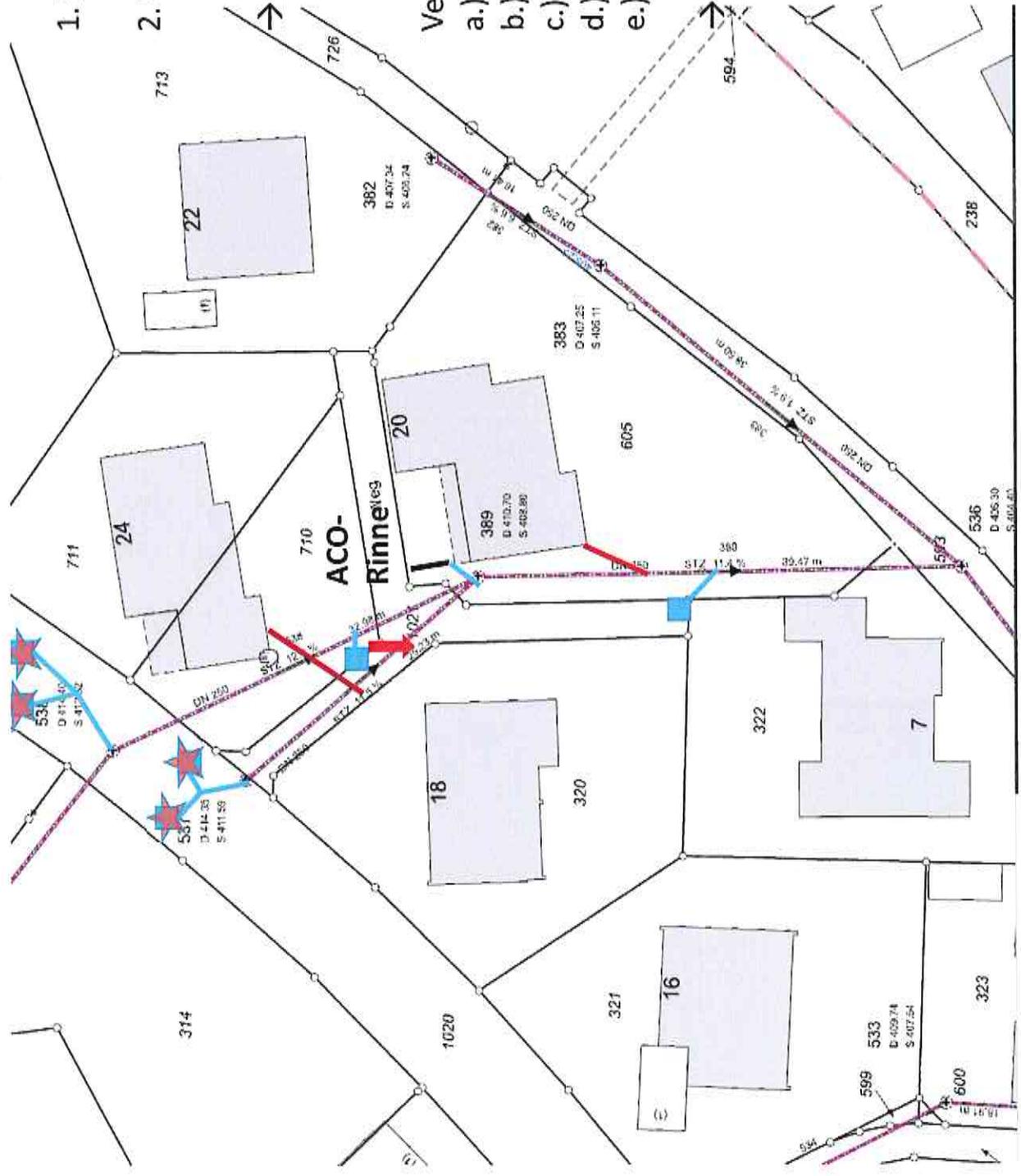


1. RA Eduard-Fittig-Str. entfallen.
2. RA im Erschließungsweg mit neuem Anschluss.

→ HS-Nr. 24 lastenfrei

- Verbleibende Anschlüsse von
- a.) HA HS-Nr. 24
  - b.) HA HS-Nr. 20
  - c.) Aco-Rinne HS-Nr. 20
  - d.) RA oben Erschließungsweg
  - e.) RA unten Erschließungsweg

Leitungsrecht auf den Grundstücken Eduard-Fittig-Str. 20 und Zum Leier Hölzchen 7 erforderlich.



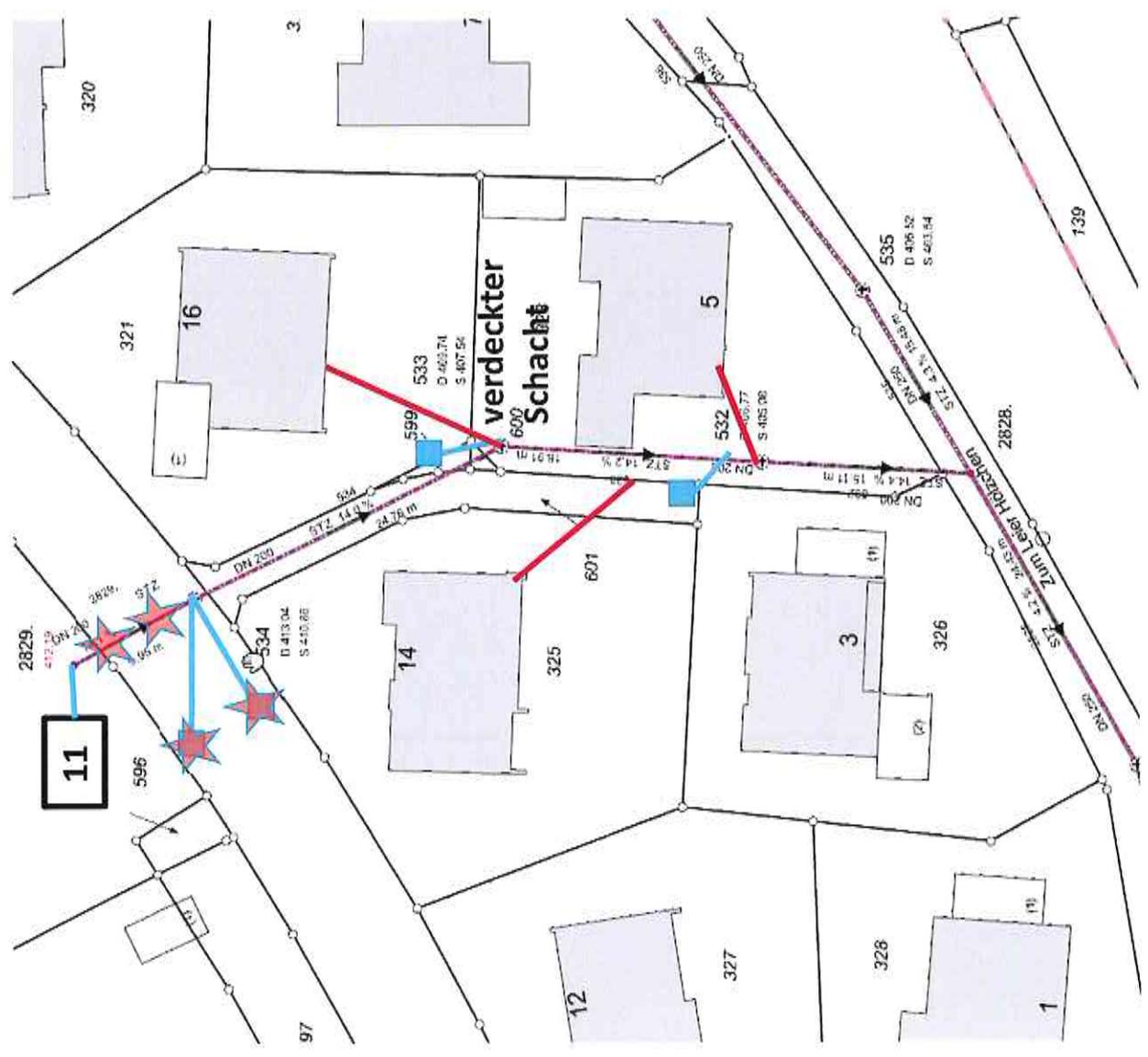
1. RA Eduard-Fittig-Str. entfallen.
2. HA HS-Nr. 11 entfällt.

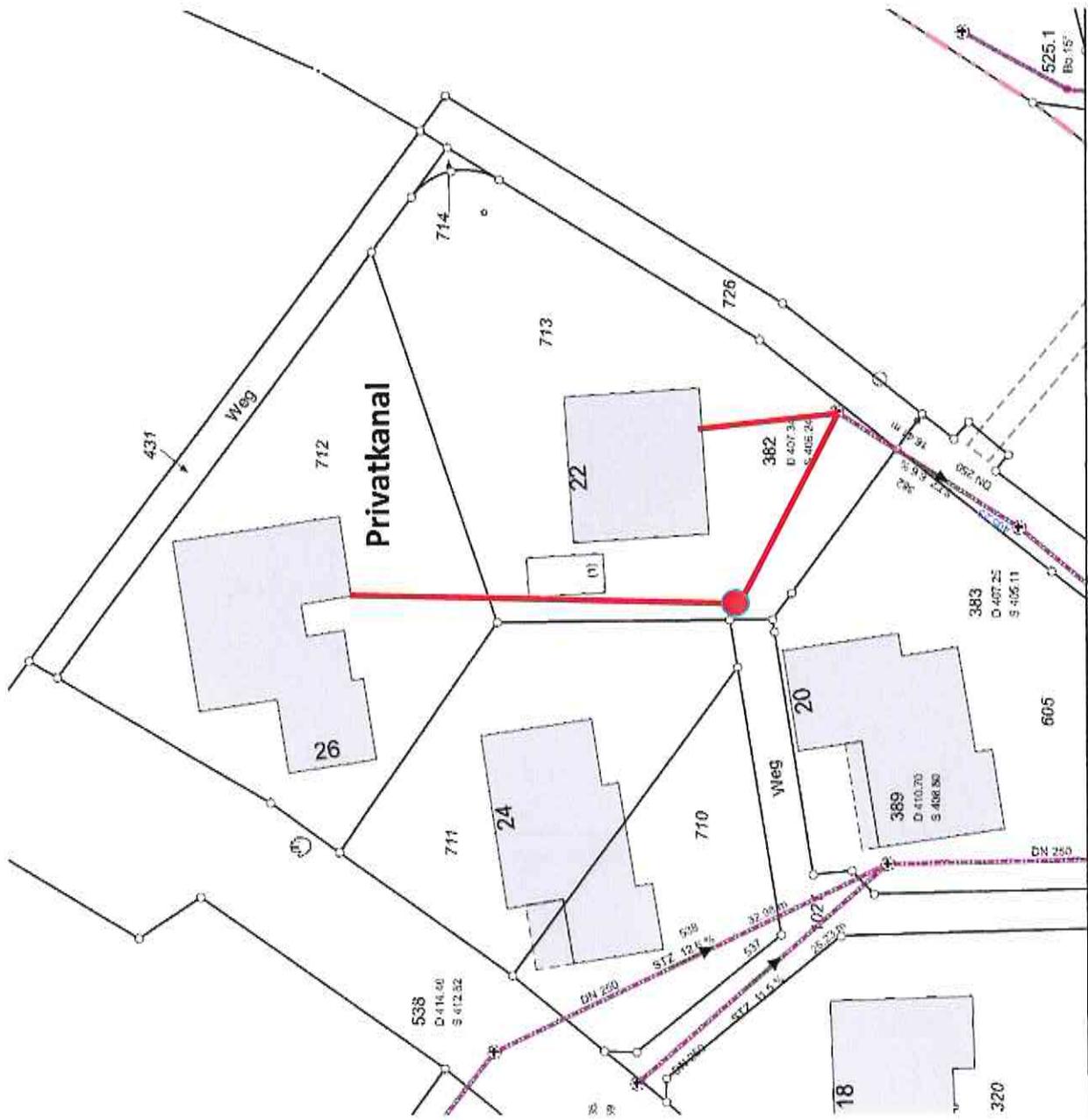
→ Haltung 534-533 abwasserfrei.

Verbleibende Anschlüsse von

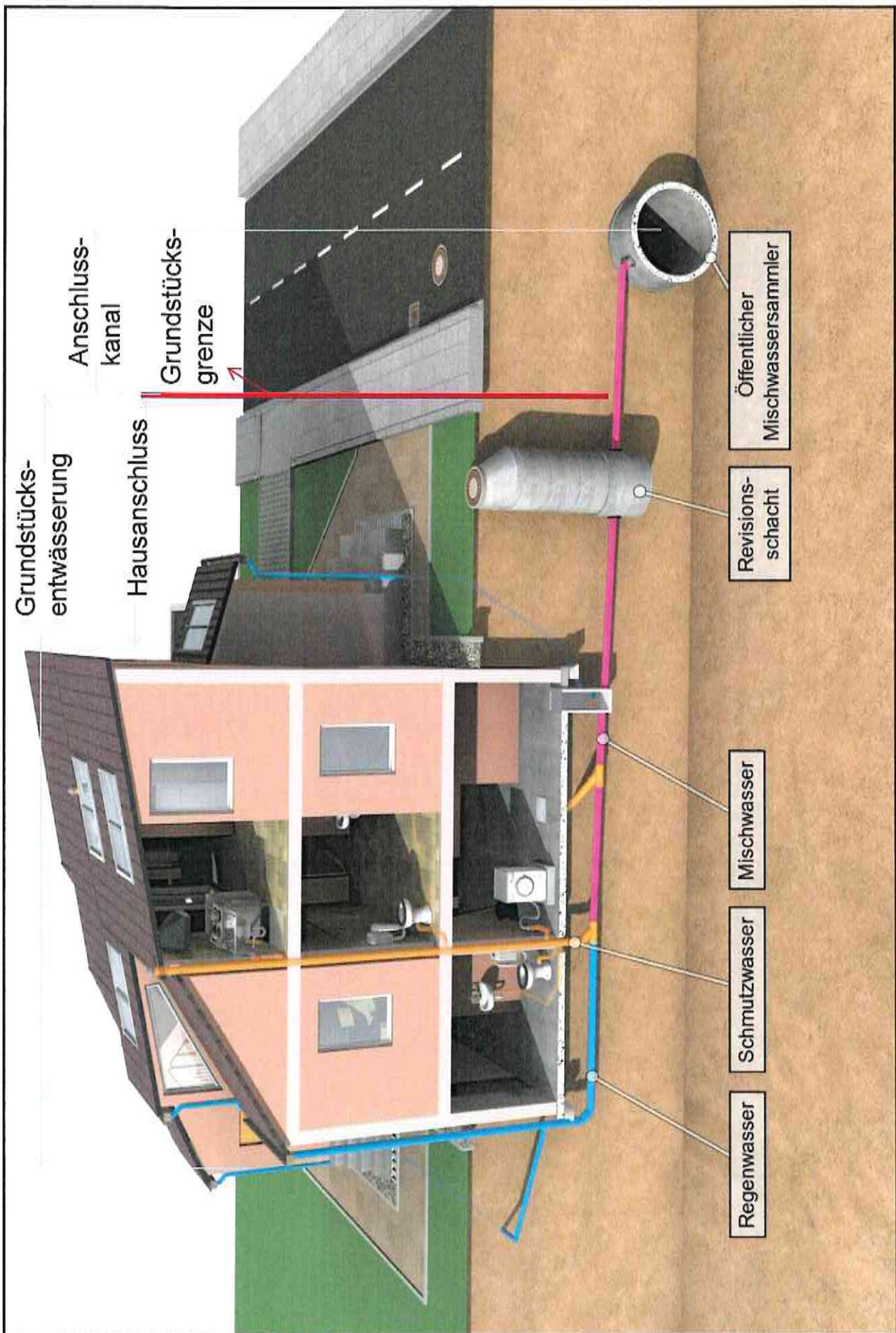
- a.) HS-Nr. 14
- b.) HS-Nr. 16
- c.) HS-Nr. 5
- d.) RA oben
- e.) RA unten

→ Leitungsrecht auf den Grundstücken Zum Leier Hölzchen 5 erforderlich.









Ministerialblatt (MBl. NRW.)  
Ausgabe 2020 Nr. 8 vom 3.4.2020 Seite 167 bis 214

910

**Richtlinie**  
**über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von**  
**Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen**  
**(Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge)**

Runderlass des  
Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung  
- 305 - 49.01.03 - 74.1

Vom 23. März 2020

**1**

**Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

1.1

Zuwendungszweck

Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt die Hälfte der kommunalen Straßenausbaubeiträge in Nordrhein-Westfalen, die nach der jeweiligen Satzung in Verbindung mit der „Soll-Regelung“ des § 8 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712) in der jeweils geltenden Fassung, im Folgenden KAG genannt, von den Beitragspflichtigen zu erheben sind.

1.2

Rechtsgrundlage

Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), im Folgenden LHO genannt, in der jeweils geltenden Fassung und des zugehörigen Runderlasses des Finanzministeriums „Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung“ vom 30. September 2003 (MBl. NRW. S. 1254), im Folgenden VV genannt, in der jeweils geltenden Fassung, Zuweisungen an Kommunen zur Reduzierung des umlagefähigen Aufwands für Straßenausbaumaßnahmen, was wiederum eine Reduzierung der von den Beitragspflichtigen gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 KAG auf Grund von Beitragsbescheiden zu tragenden Straßenausbaubeiträge zur Folge hat.

**2**

**Gegenstand der Förderung**

Die hälftige Entlastung der Straßenausbaubeitragspflichtigen für im Land Nordrhein-Westfalen vorgenommene beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen erfolgt durch die Gewährung von Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen.

Diese Zuweisungen sind von den Kommunen zur anteiligen Deckung des umlagefähigen Aufwands einer Straßenausbaumaßnahme einzusetzen, sodass die von den Straßenausbaubeitragspflichtigen nach Maßgabe der örtlichen Satzung zu erhebenden Straßenausbaubeiträge auf der Grundlage dieser geminderten Aufwendungen zu ermitteln sind und hierdurch die angestrebte Entlastung des Beitragspflichtigen bewirkt wird.

Gegenstand der Förderung ist der umlagefähige Aufwand der einzelnen beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahmen.

3

### **Zuwendungsempfängerin oder Zuwendungsempfänger**

Antragsberechtigt sind alle nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände.

4

### **Zuwendungsvoraussetzungen**

4.1

Eine Förderung wird für den abschließend ermittelten, feststehenden umlagefähigen Aufwand einer § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG unterfallenden beitragsfähigen Straßenausbaumaßnahme gewährt, für welche anschließend Straßenausbaubeiträge durch Beitragsbescheide erhoben werden. Feststehen muss der Gesamtaufwand der Maßnahme nach der vorliegenden Schlussrechnung, aufgeschlüsselt nach Anteilen von Kommune und Beitragspflichtigen (Gemeindeanteil und von den Beitragspflichtigen zu zahlender umlagefähiger Aufwand). Abweichend von diesem Grundsatz wird eine Förderung ausnahmsweise auch für einen noch nicht abschließend ermittelten umlagefähigen Aufwand gewährt, wenn der vorläufig ermittelte Aufwand Grundlage für einen vorläufigen Straßenausbaubeitragsbescheid ist und die Gemeinde diesen Bescheid nach Gewährung der Förderung erlässt. Eine solche Ausnahme kommt zum Beispiel dann in Betracht, wenn ohne die vorläufige Beitragserhebung eine Festsetzungsverjährung eintreten würde. In diesem Fall tritt für die Förderung zunächst der vorläufig ermittelte umlagefähige Aufwand an die Stelle des abschließend ermittelten, feststehenden umlagefähigen Aufwands.

4.2

Abweichend von Nummer 1.3 der Verwaltungsvorschriften für Zuwendungen an Gemeinden zu § 44 LHO, Teil II der Verwaltungsvorschriften zur LHO, im Folgenden VVG genannt, gilt der vorzeitige Maßnahmenbeginn mit Fassung eines Beschlusses durch das zuständige Organ oder Gremium über die einzelne Straßenausbaumaßnahme als genehmigt. Ist ein Gremium oder Organ einer anderen Rechtsperson als der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes für die Beschlussfassung zuständig, ist dessen Beschlussfassung maßgeblich. Eine verbindliche Förderzusage ist damit nicht verbunden.

4.3

Der von den Beitragspflichtigen insgesamt zu zahlende umlagefähige Aufwand ist um die bewilligte Zuweisung zu reduzieren. Die Beitragsfestsetzung erfolgt anschließend auf Grundlage des reduzierten umlagefähigen Aufwands durch Beitragsbescheid.

4.4

Der umlagefähige Aufwand einer beitragsfähigen Straßenausbaumaßnahme kann gefördert werden, soweit die Straßenausbaubeiträge noch nicht bestandskräftig festgesetzt wurden und deren zugrundeliegende Straßenausbaumaßnahme vom Rat oder Kreistag ab dem 1. Januar 2018 beschlossen wurde oder die in Ermangelung eines gesonderten Beschlusses erstmals im Haushalt des Jahres 2018 stehen. Soweit Straßenausbaumaßnahmen in Bauabschnitte gegliedert wurden, kann auch ein Bauabschnitt gefördert werden, soweit die Straßenausbaubeiträge für den Bauabschnitt noch nicht bestandskräftig festgesetzt wurden und die dem Abschnitt zugrundeliegende Baumaßnahme vom Rat ab dem 1. Januar 2018 beschlossen wurde. Ist ein anderes Organ oder Gremium der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes oder ein Organ oder Gremium einer anderen Rechtsperson als der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes für die Entscheidung über die Maßnahme oder den Bauabschnitt zuständig, ist der Beschluss dieses Organs oder Gremiums über die Baumaßnahme für den Stichtag maßgeblich. Maßgeblich ist dabei nicht der Beschluss über den Haushalt.

#### 4.5

Nach dem 1. Januar 2021 beschlossene Maßnahmen können nur gefördert werden, soweit sie auf Basis eines vom kommunalen Gremium beschlossenen Straßen- und Wegekonzepts nach § 8a Absatz 1 und 2 KAG erfolgen.

### 5

#### **Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**

##### 5.1

Zuwendungs- und Finanzierungsart, Höhe, Form und Weiterleitung der Zuwendung

Zuwendungen nach dieser Richtlinie werden im Wege der Projektförderung als zweckgebundene Zuweisung gewährt. Die Förderung erfolgt als Anteilsfinanzierung in Höhe von 50 Prozent des von den Beitragspflichtigen insgesamt zu zahlenden umlagefähigen Aufwandes der jeweiligen Straßenausbaumaßnahme.

Da durch die vereinfachte Ausgestaltung des Verfahrens der Verwaltungsaufwand minimiert wird, wird abweichend von Nummer 1.1 VVG zu § 44 LHO eine Zuweisung auch gewährt, wenn die Zuweisung im Einzelfall den Betrag von 12 500 Euro nicht erreicht.

Eine Weiterleitung der Zuwendung gemäß Nummer 12 VVG zu § 44 LHO an rechtlich verselbständigte juristische Personen des öffentlichen Rechts ist zulässig, soweit die Beitragsbescheide von diesen erlassen werden.

##### 5.2

Verzinsung

Abweichend von Nummer 8.8 VVG zu § 44 LHO für Zuwendungen an Gemeinden wird bei Rückforderungen auf eine Verzinsung verzichtet.

### 6

#### **Verfahren**

##### 6.1

Antragsverfahren

Anträge sind mit dem Antragsmuster (Anlage A) an die NRW.Bank zu richten, soweit die in Nummer 4 genannten Voraussetzungen vorliegen.

##### 6.2

Bewilligungsverfahren und Auszahlung

##### 6.2.1

Bewilligungsbehörde

Zuständige Bewilligungsbehörde ist die NRW.BANK.

##### 6.2.2

Bewilligungsbescheid und Auszahlung

Die Bewilligungsbehörde bewilligt die Förderung auf Basis des Bescheidmusters (Anlage B).

Die Mittel werden je Straßenausbaumaßnahme bewilligt. Abweichend von Nummer 7.2 VVG zu § 44 LHO und von Nummer 1.4 der Anlage 1 zu Nummer 5.1 VVG zu § 44 der

Landeshaushaltsordnung – Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (im Folgenden ANBest-G genannt) wird die Auszahlung automatisch nach Bestandskraft des Zuwendungsbescheids vorgenommen.

Mit der Zuwendung wird nur der Beitragsanteil der beitragspflichtigen

Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sowie Erbbauberechtigten gefördert und nicht die Durchführung der Straßenausbaumaßnahme, insofern sind die Nummern 3.1 und 3.2 ANBest-G nicht anwendbar.

Der Landesrechnungshof ist berechtigt bei allen Zuwendungsempfängerinnen,

Zuwendungsempfängern, Weiterleitungsempfängerinnen und Weiterleitungsempfängern zu prüfen.

Die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger beziehungsweise die Weiterleitungsempfängerin oder der Weiterleitungsempfänger ist dazu zu verpflichten, im Beitragsbescheid auf die Förderung durch das zuständige Ministerium und deren jeweilige Höhe im Einzelfall hinzuweisen.

### 6.3

#### Nachweis der Verwendung

Die Zuwendungsempfänger legen der Bewilligungsbehörde einen Verwendungsnachweis nach Nummer 10 der VV für Zuwendungen an Gemeinden vor. Hierzu nutzen sie das Formular nach dem Muster der Anlage C.

Der Zuwendungszweck ist mit Bestandskraft aller Beitragsbescheide zu den Straßenausbaubeiträgen der geförderten Maßnahme erfüllt. Soweit die Zuwendung sich auf eine vorläufige Beitragserhebung nach Nummer 4.1 bezogen hat, ist der Zuwendungszweck mit Bestandskraft der endgültigen Beitragsbescheide erfüllt.

Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ende des Bewilligungszeitraums erfüllt, ist binnen vier Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraums eine schriftliche Bestätigung darüber abzugeben, dass die Bestandskraft noch nicht bei allen erlassenen Beitragsbescheiden eingetreten ist (Anzeigepflicht).

Der Bewilligungszeitraum verlängert sich nach der Anzeige automatisch um ein weiteres Jahr.

### 7

#### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am 2. Januar 2020 in Kraft und am 31. Dezember 2024 außer Kraft.

- MBl. NRW. 2020 S. 203

Daten und Software sind urheberrechtlich und wettbewerbsrechtlich geschützt. Verantwortlich für die Publikation:  
die Redaktion im Ministerium des Innern NRW.

---

Gesetz- und Verordnungsblatt (GV. NRW.)  
Ausgabe 2019 Nr. 29 vom 30.12.2019 Seite 991 bis 1048

610

**Fünftes Gesetz  
zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Fünftes Gesetz  
zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**

**19. Dezember 2019**

**Artikel 1  
Fünftes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes**

Das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe zu § 8 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 8a Ergänzende Vorschriften für die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen und über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen“.

b) Die Angabe zu § 26 wird wie folgt gefasst:

„§ 26 Inkrafttreten, Übergangsvorschrift“.

2. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

**„§ 8a  
Ergänzende Vorschriften für die Durchführung von Straßenausbaumaßnahmen und  
über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen**

(1) Die Gemeinde hat ein gemeindliches Straßen- und Wegekonzept zu erstellen, welches vorhabenbezogen zu berücksichtigen hat, wann technisch, rechtlich und wirtschaftlich sinnvoll Straßenunterhaltungsmaßnahmen möglich sind und wann beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen an langfristig notwendigen kommunalen Straßen erforderlich werden können. Das Straßen- und Wegekonzept ist über den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes anzulegen und bei Bedarf, mindestens jedoch alle zwei Jahre, fortzuschreiben. Das Straßen- und Wegekonzept wird von der kommunalen Vertretung beraten und beschlossen.

Ratsbeschluss wurde am  
31.05.2021 gefasst!

(2) Das für Kommunales zuständige Ministerium gibt durch Verwaltungsvorschrift ein Muster für das Straßen- und Wegekonzept nach Absatz 1 im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-

Westfalen bekannt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, dieses Muster zu verwenden. Sofern die Gemeinde oder der Gemeindeverband von dem Muster abweichen möchte, ist dies im Straßen- und Wegekonzept darzulegen und zu begründen.

(3) Soweit im Straßen- und Wegekonzept nach Absatz 1 beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahmen enthalten sind, ist die Gemeinde oder der Gemeindeverband verpflichtet, frühzeitig eine Versammlung der von dem Vorhaben betroffenen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer (verbindliche Anliegerversammlung) durchzuführen. Ihnen sind die rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vorzustellen. Sofern sich die Straßenausbaumaßnahme konkretisiert, sind zusätzlich Alternativen zum vorgesehenen Ausbaustandard und zu dem sich daraus ergebenden beitragspflichtigen Aufwand in der verbindlichen Anliegerversammlung mit den betroffenen Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern zu erörtern. Über das Ergebnis der verbindlichen Anliegerversammlung ist die Vertretung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes vor Beschlussfassung über die Durchführung einer Straßenausbaumaßnahme zu informieren.

Soll im am 23.11.2021 stattfindenden BVA durchgeführt werden

(4) Ausnahmsweise kann von der Durchführung einer verbindlichen Anliegerversammlung nach Absatz 3 abgesehen werden, wenn es sich um eine nur geringfügige Straßenausbaumaßnahme handelt. In diesem Fall kann die verbindliche Anliegerversammlung durch Beschluss der kommunalen Vertretung durch ein anderes Beteiligungsverfahren ersetzt werden. Die Rechtmäßigkeit des Beitragsbescheides bleibt von der Erfüllung der Pflicht zur Durchführung einer Anliegerversammlung nach Absatz 3 oder eines anderen Beteiligungsverfahrens unberührt.

(5) Die Satzung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes kann unter Berücksichtigung von § 8 Absatz 6 Beitragsermäßigungen für Eckgrundstücke vorsehen. Die Festlegung einer satzungsrechtlichen Tiefenbegrenzung ist zulässig.

(6) Bei Straßenausbaubeiträgen gemäß § 8 Absatz 2 soll auf Antrag eine Zahlung in höchstens zwanzig Jahresraten eingeräumt werden. Der jeweilige Restbetrag ist jährlich mit 2 Prozentpunkten über dem zu Beginn des Jahres geltenden Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches, jedoch mit mindestens 1 Prozent, zu verzinsen. Die Zahlungserleichterung kann auch in Form einer Verrentung der Beitragsschuld gewährt werden, die in höchstens zwanzig Jahresleistungen zu entrichten und deren jeweiliger Restbetrag entsprechend Satz 2 zu verzinsen ist. § 135 Absatz 3 Satz 4 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) gilt entsprechend. Eine Tilgung des Restbetrages ist am Ende jeden Jahres möglich. Die Satzung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes kann hierzu Näheres bestimmen.

(7) Straßenausbaubeiträge gemäß § 8 Absatz 2 sollen für ein beitragspflichtiges Grundstück auf Antrag ohne Festsetzung von Fälligkeiten ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Zahlung des Beitrages für die beitragspflichtige Person eine erhebliche Härte bedeutet. Das gilt insbesondere für eine beitragspflichtige Person, die über ein Einkommen verfügt, das die Bedarfsgrenze der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1029) geändert worden ist, um nicht mehr als 20 Prozent des maßgebenden Regelsatzes übersteigt und kein anderes Vermögen vorhanden ist, das die Zahlung von Beiträgen zumutbar macht. Für die Höhe der Verzinsung des so gestundeten Betrages gilt Absatz 6 Satz 2 entsprechend. Auf die Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre.

- (8) Die nach diesem Gesetz anwendbaren weitergehenden Billigkeitsregelungen der Abgabenordnung bleiben unberührt.“
3. In § 13 Absatz 1 wird das Wort „zehn“ durch die Zahl „20“ und das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.
4. § 26 wird wie folgt gefasst:

**„§ 26  
Inkrafttreten, Übergangsvorschrift**

(1) § 11 Absatz 4 und § 25 dieses Gesetzes treten einen Tag nach seiner Verkündung, die übrigen Vorschriften am 1. Januar 1970 in Kraft.

(2) § 8a Absatz 6 und 7 ist auch auf bis zum [einsetzen: Tag des Inkrafttretens des Fünften Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen] bereits abgeschlossene Beitragserhebungsverfahren anzuwenden. Dies gilt nicht, soweit die Beiträge von den Gemeinden und Gemeindeverbänden bereits vereinnahmt wurden.“

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Düsseldorf, den 19. Dezember 2019

Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen  
Der Ministerpräsident  
Armin L a s c h e t

(L.S.)

Der Minister der Finanzen  
Lutz L i e n e n k ä m p e r

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung  
Ina S c h a r r e n b a c h

**GV. NRW. 2019 S. 1029**



# Beitragsermittlung für die Straßenausbaumaßnahme

## **Zum Leier Hölzchen**

Anliegerinformationsveranstaltung  
am 21.10.2021

# Rechtsgrundlagen zur Beitragserhebung

- Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG)
- Satzung der Stadt Meinerzhagen über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen

# **Anteil der Beitragspflichtigen am beitragsfähigen Aufwand**

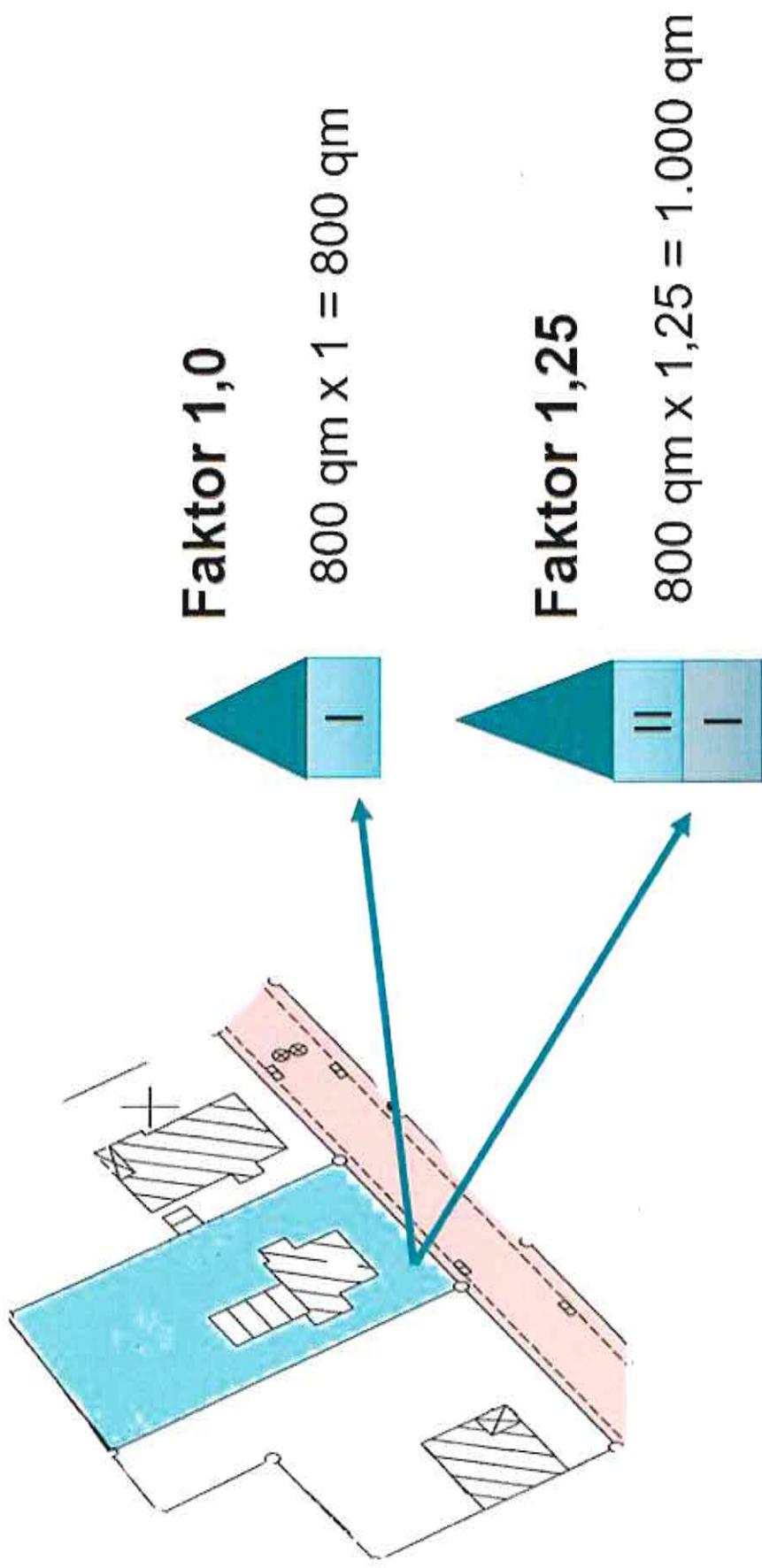
- Feststellung der Straßenart
  - Anliegerstraße
- Anteil an den beitragsfähigen Aufwendungen in Prozent
  - Fahrbahn, Beleuchtung,  
Oberflächenentwässerung 50 %

# **Verteilung des umzulegenden Aufwandes**

## **Veranlagungsfläche**

- Grundstücksflächen in m<sup>2</sup>
- Nutzung der Grundstücke nach
  - Maß (Geschossigkeit)
  - Art (gewerbliche Nutzung)

# Veranlagungsfläche

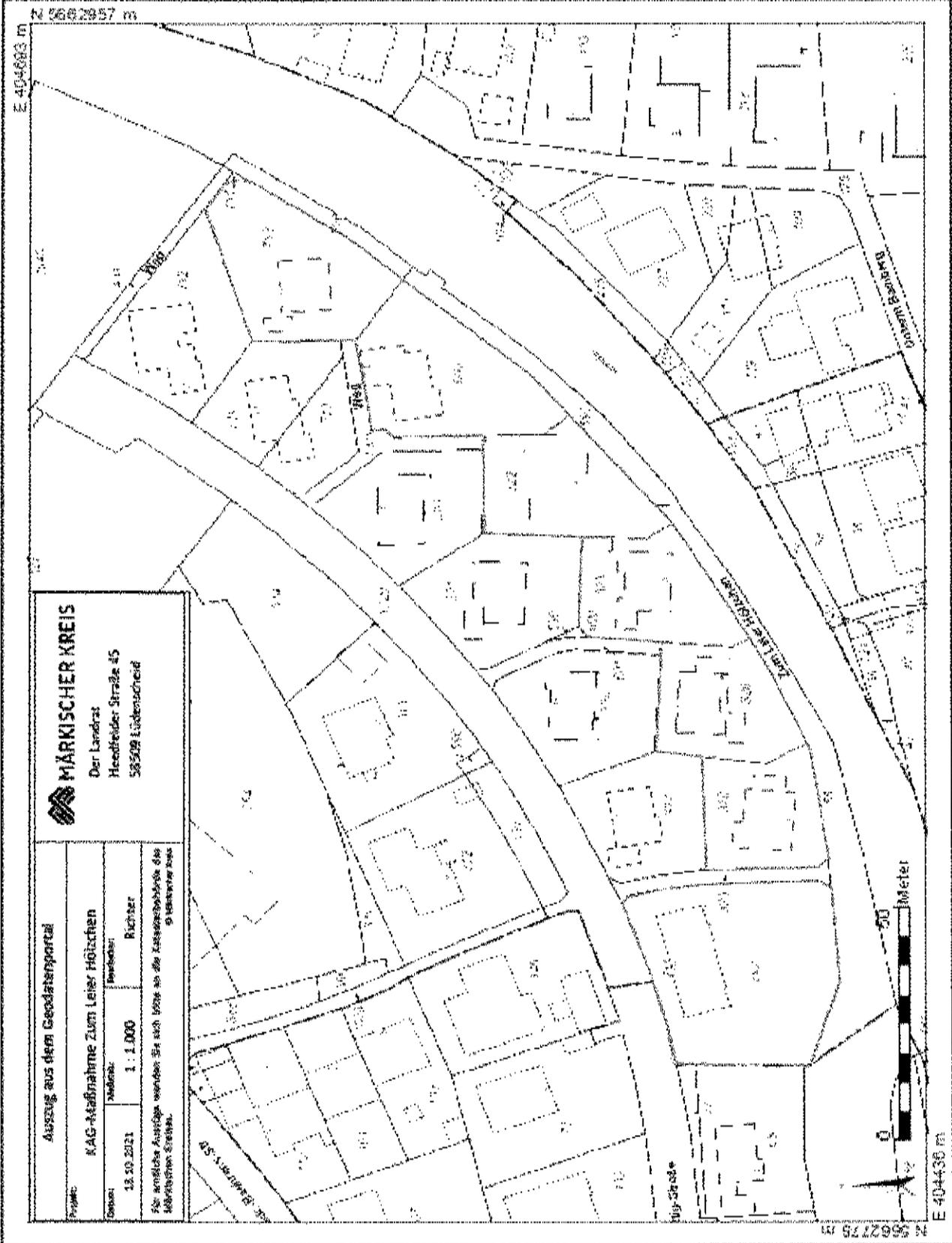


# Ermittlung des Beitragssatzes

$$\frac{\text{Umzulegender Aufwand}}{\text{Veranlagungsflächen aller Grundstücke}} = \text{Beitragssatz in € je m}^2$$

# Förderung durch das Land NRW

- Das Land NRW gewährt z. Zt. Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßen- ausbaumaßnahmen.
- Die Förderung erfolgt bis zur Hälfte des ermittelten Beitragsatzes.



**MÄRKISCHER KREIS**  
 Der Landrat  
 Heidefelder Straße 45  
 58509 Lüdenscheid

**Auszug aus dem Geodatenportal**

Projekt:	KAG-Maßnahme Zum Leier Hölzchen		
Datum:	18.10.2021	Maßstab:	1:1.000
		Vermaßter:	Richter

Für sämtliche Auszüge wenden Sie sich bitte an die Katasterbehörde der Märkischen Kreis.

N 5662775 m  
 E 404430 m

# Beitragsberechnung

Beitragssatz

x Veranlagungsfläche

---

./. ggf. geförderter Betrag

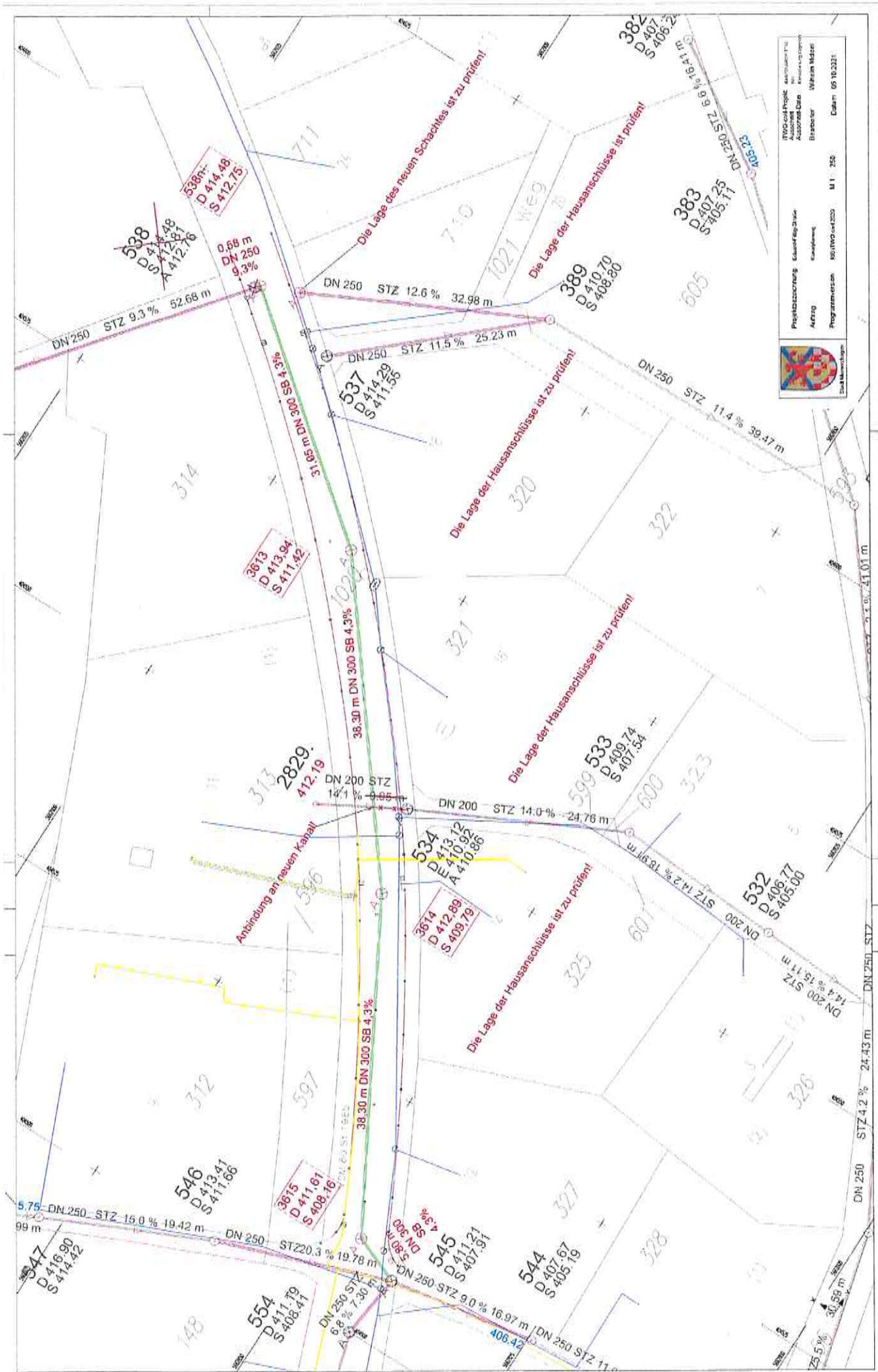
= zu zahlender Beitrag

## **§ 8 a KAG**

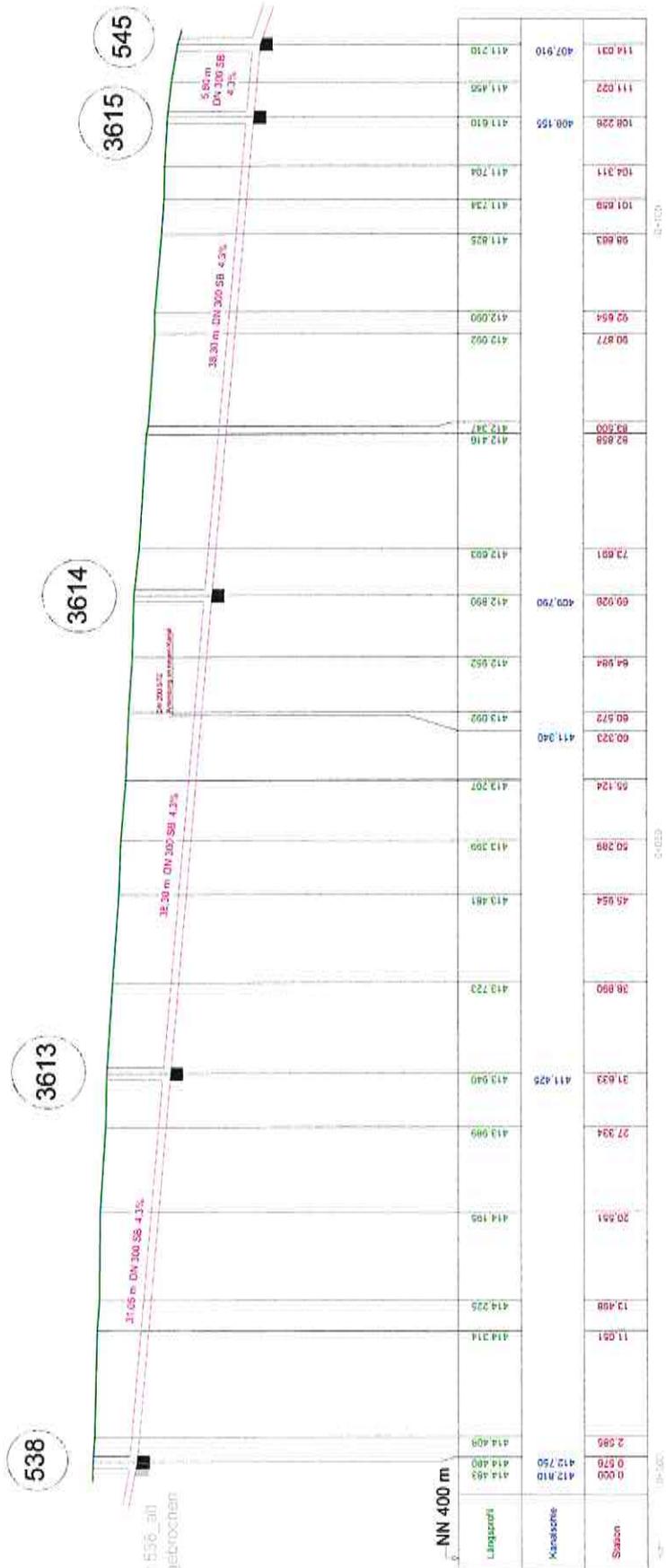
- Abs. 6 Anspruch auf Ratenzahlung
- Abs. 7 Stundung des Beitrages

# **Geplantes weiteres Verfahren**

- Informationsschreiben ca. 6 Wochen vor Erlass der Beitragsbescheide
- Erlass der Beitragsbescheide voraussichtlich im dritten Quartal des Jahres 2023
- Fälligkeit des Beitrags einen Monat nach Veranlagung zur Zahlung

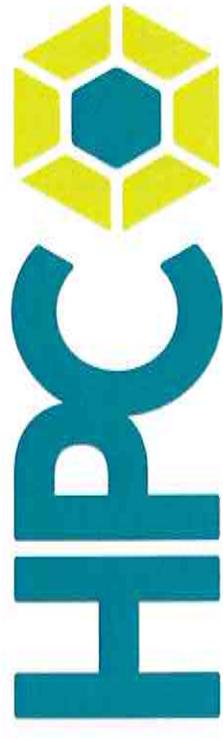


	ITW-Soft-Plan Autor: ... Anwender: ... Ausgabedate: ... Drucker: ... Datum: 05.10.2021
Projektzeichnung: ... Entwurf: ... Auftrag: ... Programmversion: ...	Blatt: ... M 1: 250 Blatt: 05.10.2021



NN 400 m

Station	Elevation	Station	Elevation
0.000	412.110	407.910	114.031
0.576	412.750	408.150	111.022
2.051	414.100	411.610	108.228
13.488	414.408	411.704	104.311
19.091	414.608	411.734	101.659
27.324	414.808	411.825	98.603
37.633	414.908	412.050	92.654
411.425	414.950	412.092	90.877
413.633	413.940	412.341	83.500
413.989	413.989	412.416	82.858
414.100	413.989	412.603	73.691
414.205	413.989	412.800	60.020
414.314	413.989	412.890	64.984
414.408	413.989	412.952	60.572
414.488	413.989	413.092	60.323
414.608	413.989	413.207	60.124
414.688	413.989	413.309	50.288
414.750	413.989	413.481	45.954
414.808	413.989	413.723	38.890
414.853	413.989	413.890	31.633
414.888	413.989	413.940	27.324
414.908	413.989	413.989	20.551
414.950	413.989	414.100	13.488
414.989	413.989	414.205	11.091
415.000	413.989	414.314	2.051
415.022	413.989	414.408	0.576
415.059	413.989	414.488	0.000
415.101	413.989	414.553	
415.150	413.989	414.608	
415.210	413.989	414.688	
415.288	413.989	414.750	
415.388	413.989	414.808	
415.488	413.989	414.853	
415.588	413.989	414.888	
415.688	413.989	414.908	
415.788	413.989	414.950	
415.888	413.989	414.989	
415.988	413.989	415.000	
416.088	413.989	415.022	
416.188	413.989	415.059	
416.288	413.989	415.101	
416.388	413.989	415.150	
416.488	413.989	415.210	
416.588	413.989	415.288	
416.688	413.989	415.388	
416.788	413.989	415.488	
416.888	413.989	415.588	
416.988	413.989	415.688	
417.088	413.989	415.788	
417.188	413.989	415.888	
417.288	413.989	415.988	
417.388	413.989	416.088	
417.488	413.989	416.188	
417.588	413.989	416.288	
417.688	413.989	416.388	
417.788	413.989	416.488	
417.888	413.989	416.588	
417.988	413.989	416.688	
418.088	413.989	416.788	
418.188	413.989	416.888	
418.288	413.989	416.988	
418.388	413.989	417.088	
418.488	413.989	417.188	
418.588	413.989	417.288	
418.688	413.989	417.388	
418.788	413.989	417.488	
418.888	413.989	417.588	
418.988	413.989	417.688	
419.088	413.989	417.788	
419.188	413.989	417.888	
419.288	413.989	417.988	
419.388	413.989	418.088	
419.488	413.989	418.188	
419.588	413.989	418.288	
419.688	413.989	418.388	
419.788	413.989	418.488	
419.888	413.989	418.588	
419.988	413.989	418.688	
420.088	413.989	418.788	
420.188	413.989	418.888	
420.288	413.989	418.988	
420.388	413.989	419.088	
420.488	413.989	419.188	
420.588	413.989	419.288	
420.688	413.989	419.388	
420.788	413.989	419.488	
420.888	413.989	419.588	
420.988	413.989	419.688	
421.088	413.989	419.788	
421.188	413.989	419.888	
421.288	413.989	419.988	
421.388	413.989	420.088	
421.488	413.989	420.188	
421.588	413.989	420.288	
421.688	413.989	420.388	
421.788	413.989	420.488	
421.888	413.989	420.588	
421.988	413.989	420.688	
422.088	413.989	420.788	
422.188	413.989	420.888	
422.288	413.989	420.988	
422.388	413.989	421.088	
422.488	413.989	421.188	
422.588	413.989	421.288	
422.688	413.989	421.388	
422.788	413.989	421.488	
422.888	413.989	421.588	
422.988	413.989	421.688	
423.088	413.989	421.788	
423.188	413.989	421.888	
423.288	413.989	421.988	
423.388	413.989	422.088	
423.488	413.989	422.188	
423.588	413.989	422.288	
423.688	413.989	422.388	
423.788	413.989	422.488	
423.888	413.989	422.588	
423.988	413.989	422.688	
424.088	413.989	422.788	
424.188	413.989	422.888	
424.288	413.989	422.988	
424.388	413.989	423.088	
424.488	413.989	423.188	
424.588	413.989	423.288	
424.688	413.989	423.388	
424.788	413.989	423.488	
424.888	413.989	423.588	
424.988	413.989	423.688	
425.088	413.989	423.788	
425.188	413.989	423.888	
425.288	413.989	423.988	
425.388	413.989	424.088	
425.488	413.989	424.188	
425.588	413.989	424.288	
425.688	413.989	424.388	
425.788	413.989	424.488	
425.888	413.989	424.588	
425.988	413.989	424.688	
426.088	413.989	424.788	
426.188	413.989	424.888	
426.288	413.989	424.988	
426.388	413.989	425.088	
426.488	413.989	425.188	
426.588	413.989	425.288	
426.688	413.989	425.388	
426.788	413.989	425.488	
426.888	413.989	425.588	
426.988	413.989	425.688	
427.088	413.989	425.788	
427.188	413.989	425.888	
427.288	413.989	425.988	
427.388	413.989	426.088	
427.488	413.989	426.188	
427.588	413.989	426.288	
427.688	413.989	426.388	
427.788	413.989	426.488	
427.888	413.989	426.588	
427.988	413.989	426.688	
428.088	413.989	426.788	
428.188	413.989	426.888	
428.288	413.989	426.988	
428.388	413.989	427.088	
428.488	413.989	427.188	
428.588	413.989	427.288	
428.688	413.989	427.388	
428.788	413.989	427.488	
428.888	413.989	427.588	
428.988	413.989	427.688	
429.088	413.989	427.788	
429.188	413.989	427.888	
429.288	413.989	427.988	
429.388	413.989	428.088	
429.488	413.989	428.188	
429.588	413.989	428.288	
429.688	413.989	428.388	
429.788	413.989	428.488	
429.888	413.989	428.588	
429.988	413.989	428.688	
430.088	413.989	428.788	
430.188	413.989	428.888	
430.288	413.989	428.988	
430.388	413.989	429.088	
430.488	413.989	429.188	
430.588	413.989	429.288	
430.688	413.989	429.388	
430.788	413.989	429.488	
430.888	413.989	429.588	
430.988	413.989	429.688	
431.088	413.989	429.788	
431.188	413.989	429.888	
431.288	413.989	429.988	
431.388	413.989	430.088	
431.488	413.989	430.188	
431.588	413.989	430.288	
431.688	413.989	430.388	
431.788	413.989	430.488	
431.888	413.989	430.588	
431.988	413.989	430.688	
432.088	413.989	430.788	
432.188	413.989	430.888	
432.288	413.989	430.988	
432.388	413.989	431.088	
432.488	413.989	431.188	
432.588	413.989	431.288	
432.688	413.989	431.388	
432.788	413.989	431.488	
432.888	413.989	431.588	
432.988	413.989	431.688	
433.088	413.989	431.788	
433.188	413.989	431.888	
433.288	413.989	431.988	
433.388	413.989	432.088	
433.488	413.989	432.188	
433.588	413.989	432.288	
433.688	413.989	432.388	
433.788	413.989	432.488	
433.888	413.989	432.588	
433.988	413.989	432.688	
434.088	413.989	432.788	
434.188	413.989	432.888	
434.288	413.989	432.988	
434.388	413.989	433.088	
434.488	413.989	433.188	
434.588	413.989	433.288	
434.688	413.989	433.388	
434.788	413.989	433.488	
434.888	413.989	433.588	
434.988	413.989	433.688	
435.088	413.989	433.788	
435.188	413.989	433.888	
435.288	413.989		



Für die Umwelt. Für die Menschen.

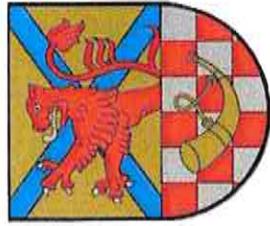


# Herzlich Willkommen!

## Anliegerinformationsveranstaltung

21.10.2021





# Straßenausbau und Kanalsanierung Zum Leier Hölzchen in Meinerzhagen



Anliegerinformationsveranstaltung

am 21.10.2021



## Inhalt

- Ausbaubereich
- Veranlassung/ Derzeitiger Zustand
- Entwurfsplanung
- Kostenberechnung



# Ausbaubereich





# Veranlassung/ Derzeitiger Zustand

## Veranlassung/ Derzeitiger Zustand

- Schadhafter Straßenaufbau (Flickstellen, Netzrisse)
- Ungenügend tragfähiger Oberbau



## Veranlassung/ Derzeitiger Zustand

- Unzureichende Oberflächenentwässerung mit einem Straßenablauf
- Fehlende Randanlagen





# Veranlassung/ Derzeitiger Zustand

- Erneuerung/ Ergänzung Schutzplanke mit Holmgeländer





## Veranlassung/ Derzeitiger Zustand

- Vorhandene Mischverkehrsfläche bis Haus Nr. 7 im Mittel 3,50 m danach 2,20m breit
- Keine Randeinfassungen
- Kein Fassen des gesamten Oberflächenwassers über Straßenabläufe (lediglich ein Straßenablauf vorhanden)
- Abstände vorh. Straßenbeleuchtung z.T. zu groß (bis zu 54 m)

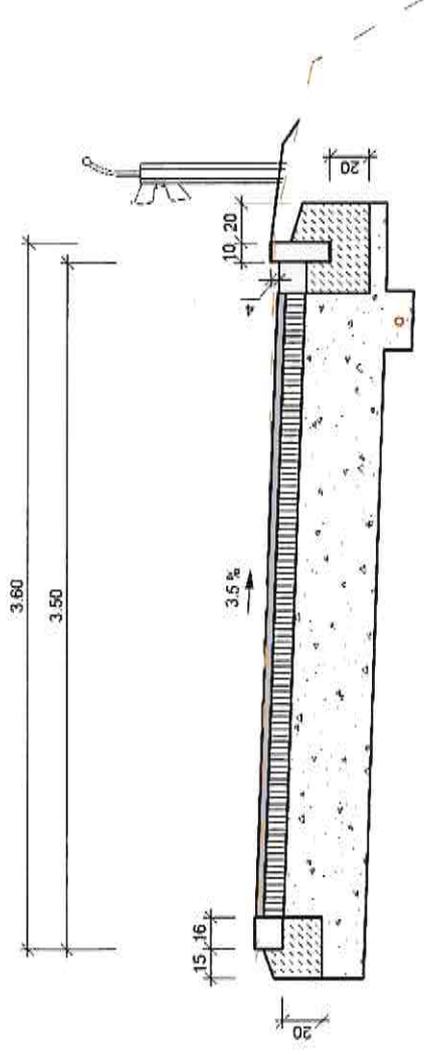


# Entwurfsplanung

## Entwurfsplanung

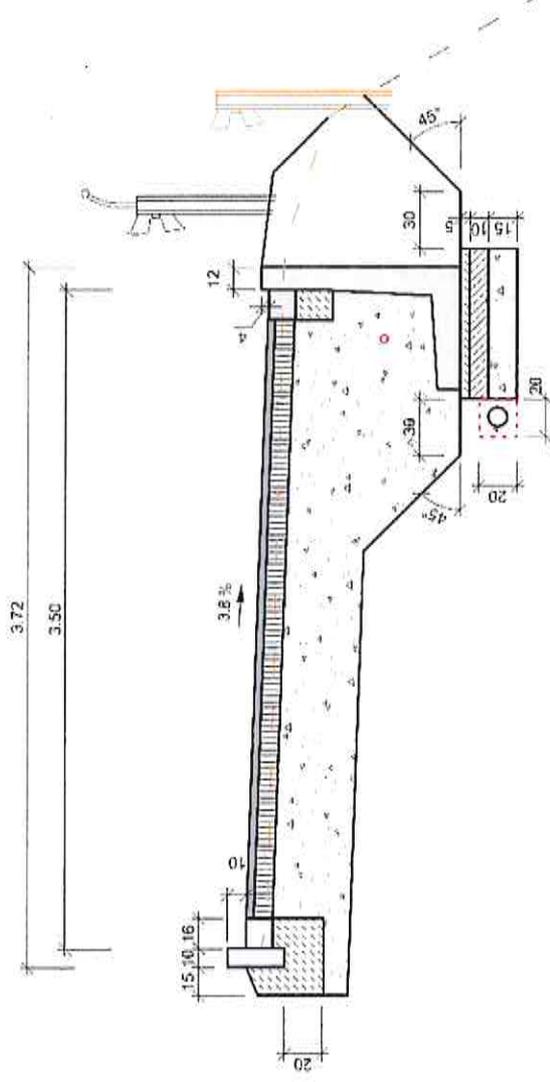
- Planungsgrundsatz „Ausbau im Bestand“:
- derzeitigen Ausbaubreiten bleiben größtenteils bestehen
- keine größeren Veränderungen in den Randbereichen
- kein Grunderwerb, aber grenzscharfer Ausbau, wo es möglich ist
- Böschungssicherung durch Winkelstützmauer
- Erneuerung der vorhandenen Schutzplanke mit Holmgeländer

## Entwurfsplanung



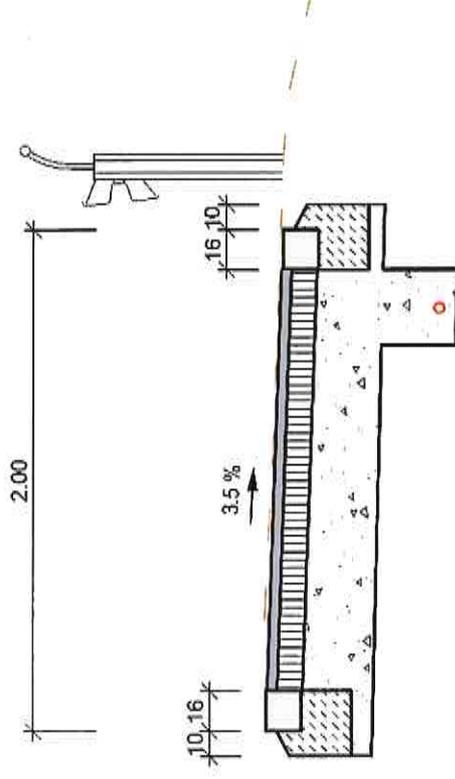
- Aufbau der Verkehrsfläche gem. RStO 12, Belastungsklasse Bk0,3
- Gesamtaufbaustärke 55 cm
- 3,50 m breite Mischverkehrsfläche: bituminöse Befestigung
- Randanlagen: Rinnensteine, Tiefbord, Hochbord (Einmündung Weststr.)

## Entwurfsplanung



- Böschungssicherung in Form von Winkelstützmauer (Höhe Hausnr. 5 - 7)
- Höhe Fertigteilelement in Abhängigkeit der Versorgungsleitung (hier Straßenbeleuchtungskabel)

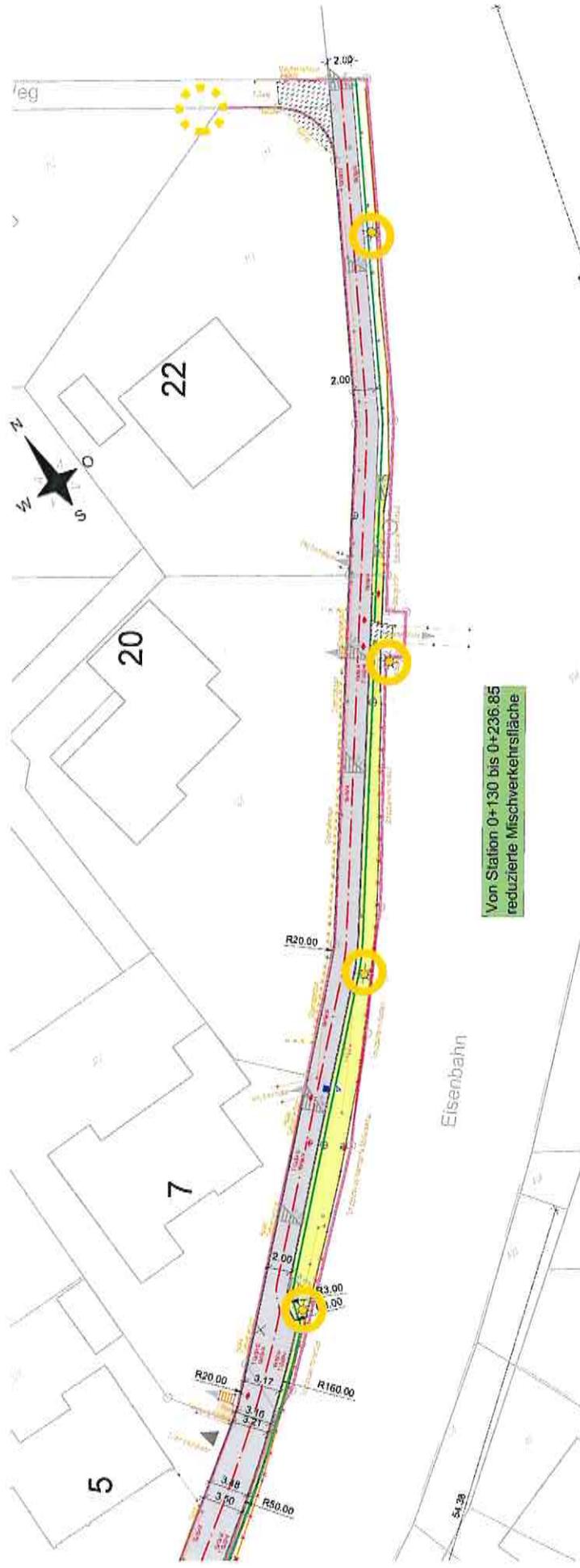
## Entwurfsplanung



- Auf ein Minimum reduzierte Mischverkehrsfläche  $b = 2,00$  m mit Aufbau von 42 cm ab Hausnr. 7



# Entwurfsplanung



**Straßenbeleuchtung in regelmäßigen Abständen (32-34 m)**

## Entwurfsplanung

- Ver- und Entsorgungsleitung

Versorgungsträger sind in den Planungsprozess einbezogen

- Stadtwerke Meinerzhagen: keine Maßnahmen geplant
- Enervie Vernetzt: Verlegung von 4 Rohren, davon 1 belegt mit 400 V-Kabel, Erneuerung 2 alte 10kV-Kabel
- Telekom: Kabelrohrverlegung in einem Teilstück (unter Vorbehalt),  
Breitbandverlegung wird im Vorfeld der Maßnahme erfolgen
- DOKOM: keine Maßnahmen geplant
- Stadt Meinerzhagen: Neubau Mischwasserkanalisation

## Entwurfsplanung

- Straßenbeleuchtung
  - Planung sieht Erneuerung der Straßenbeleuchtung vor
  - Optimierte Abstände der Leuchtpunkte (i.M. 32 - 34 m)
- Straßentwässerung
  - Gefasstes Oberflächenwasser wird über Quer- und Längsneigung der Straße in neu herzustellende Straßenabläufe geleitet
  - Straßenabläufe werden an neue Mischwasserkanalisation angeschlossen

## Entwurfsplanung

- Baugrunderkundungen stehen noch aus
- Informationen zur Tragfähigkeit des Untergrundes, Teerstämmigkeit des Asphaltes, Belastungen des Aushubmaterial
- Ggf. gesonderte Entsorgung von teerstämmigem Ausbauasphalt oder belastetem Aushubmaterial

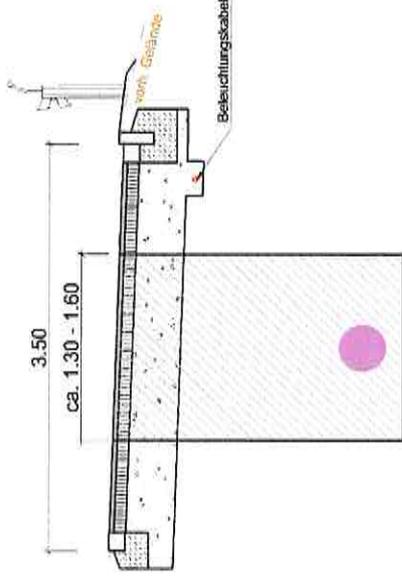


# Kostenberechnung

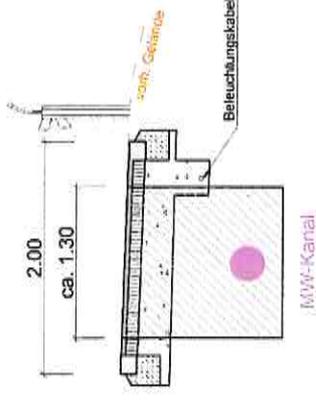
# Kostenberechnung



Beispielquerschnitt  
Mischverkehrsfläche



Beispielquerschnitt  
reduzierte Mischverkehrsfläche



MWW-Kanal

- Von den Straßenbaukosten über die gesamte Fläche werden die Kosten zum Aufbruch und Wiederherstellung der Fahrbahnoberfläche im Zuge der Kanalbaumaßnahme in Abzug gebracht

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gerne beantworte ich jetzt Ihre Fragen.



# HPC

Für die Umwelt. Für die Menschen.

Niederlassung Reichshof  
Gewerbeparkstraße 54  
51580 Reichshof

Tel. 02265 / 98040-0  
Fax 02265 / 98040-99

[info@hpc.ag](mailto:info@hpc.ag)

21.10.2021

23